

Unglaublich: Alternativen zur Sparpolitik – Es gibt sie wirklich!

So geht's aus der Krise!

Ausgabe 3

Näheres auf Seite 2

Echt krass

TOTAL ABHÄNGIG



Staatsschuldenkrise ist Resultat einer gescheiterten Krisenpolitik!

Schuldenkrise oder Verteilungskrise?



Milliardengeschenke an Banken und die Wirtschaftskrise haben die österreichischen Staatsschulden seit 2007 explodieren lassen – um 13%. Dieses Loch soll

jetzt die Bevölkerung stopfen – „Sparen!“ lautet das Diktat der Stunde. Sparpakete führen aber nur noch tiefer in die Krise, die Wirtschaft bricht weiter ein. Reiche hin-

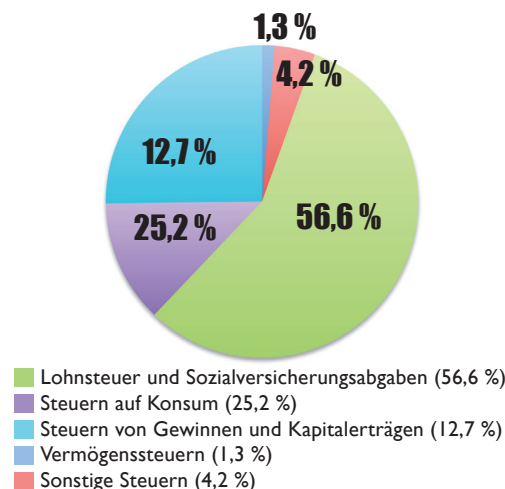
gegen genießen Schonzeit. Schon jetzt besitzen 10 % der Bevölkerung 60 % des Gesamtvermögens (ca. 700 Milliarden Euro) – Resultat einer Politik der Umverteilung von unten nach oben. Steuern auf diesen Überfluss von 0,25 bis 1% würden ca. 4 Milliarden Euro an Mehreinkommen bringen, genug für wirkliche Zukunftsinvestitionen. In Wirklichkeit haben wir es also mit einer Verteilungskrise zu tun, und dagegen ist ein Kraut gewachsen: Überfluss besteuern, um in die Zukunft zu investieren.

Vermögensbremse statt Schuldenbremse

Trotz Krise wachsen die Vermögen der obersten 10% der Bevölkerung in Österreich und der EU jährlich um ca. 9%. Diese 10 % besitzen jetzt schon rund zwei Drittel des gesamten Geld- und Immobilienvermögens. Steuern zahlen sie auf dieses Vermögen kaum. Zugleich muss der Großteil der Bevölkerung den Gürtel immer enger schnallen. Nulllohnrunder für Tätigkeiten, die für ein funktionierendes Gemeinwesen wichtig sind (Müllabfuhr, KindergärtnerInnen, LehrerInnen) stehen auf der Tagesordnung. Für die Erhaltung oder den Ausbau von öffentlicher Infrastruktur (Schulen, Öffis) fehlt oft das Geld. Was die öffentliche Hand zu wenig für sinnvolle Investitionen hat, findet sich in Form von Spitzenvermögen in den Händen einiger weniger wieder. Das Schuldenproblem kann also nur mit einer Vermögensbremse gelöst werden.

„Leistung muss gefordert und gefördert werden! Aber gerade bei Erbschaften ist der Anteil der Leistung relativ überschaubar.“ Bundespräsident Fischer

Abgabenlast ungerecht verteilt!



Die stärkste Steuerlast tragen die ArbeitnehmerInnen. Abgeschlagen folgt die Unternehmensbesteuerung, vermögensbezogene Steuern rangieren unter „ferner liefern“. Daher: Arbeit entlasten, Vermögenssteuern rauf!

Pflege muss für alle leistbar sein!

Erbschaftssteuer statt Pflegeregress!

Kommen Angehörige in der Steiermark oder in Kärnten ins Pflegeheim, werden die Kinder oder Eltern für die Kosten haftbar gemacht. (Ehe)PartnerInnen werden überall an den hohen Kosten beteiligt. Wäre es da nicht viel gerechter stattdessen die Erbschaftssteuer – mit hohen Freibeträgen – wieder einzuführen? Mit



Pflegekosten: finanzielle Absturzfälle für viele!

diesen Einnahmen könnte Pflege dann für alle finanziert werden, ohne dass Sparguthaben dafür verbraucht werden müssen. Im Ergebnis führt das zu sozialer Gerechtigkeit: statt der kalten Erbschaftssteuer in Form von Pflegekosten, die alle trifft, würden dann nur noch die zahlen, die wirklich Spitzenvermögen erben.

Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vida
ZVR: 576 439 352, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Medieninhaber: Verlag des ÖGB GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Hersteller: Mediaprint, Herstellungsort: Wien, Redaktionsteam dieser Ausgabe: Fabian Unterberger, Alexandra Strickner, Barbara Pölki. Grafik: ÖGB/Stephanie Guberner, Fotos: Bildagentur Waldhäusl, toonpool.com, ÖGB-Archiv

Veränderung ist machbar!
Bereits umgesetzte
Vorschläge
des Zukunftsbudgets:

- **Bankenabgabe**
Wertpapier-Kapitalertragsteuer
- **Steuerpflicht für Stock-Optionen** (Gewinnbeteiligungen für Spitzenmanager)
- **Immobilien-Spekulationssteuer**
- **Solidarbeitrag von BesserverdienerInnen** (leider nur befristet)
- **kleine Einschränkung bei der Gruppenbesteuerung von Kapitalgesellschaften**
- **Streichung von Dieselbegünstigungen** (Landwirte, ÖBB etc.)
- **Einführung einer Flugticketabgabe**

Arbeit gerecht teilen durch Arbeitszeitverkürzung!

Die einen arbeiten sich zu Tode, die anderen sind arbeitslos: Österreich ist Europameister im Überstunden machen und hat zugleich eine Arbeitslosenrate von 7%.

Düstere Aussichten? Keineswegs: Arbeitszeitverkürzung hilft! Schon eine Verkürzung auf 32 bis 35 Stunden pro Woche bedeutet die 4-Tage-Woche für alle. Gut für uns, gut für die Arbeitsplätze, und gut für die Umwelt! Finanziert wird das durch die so genannte „Solidaritätsprämie“. Statt vier Menschen zu 100% werden fünf Menschen zu 80% der Vollarbeitszeit eingestellt. Durch die Ersparnis der Arbeitslosenunterstützung für die fünfte Person kann das AMS insgesamt die Hälfte des Lohnverlustes für alle Fünf ausgleichen. Die verbleibenden 10% des



Lohnausgleiches übernehmen die ArbeitgeberInnen. Im Pflegebereich besonders dringlich ist ein gesetzlich verankerter Betreuungsschlüssel, der regelt, wie viel Personal zur Verfügung stehen muss, damit eine qualitativ hochwertige Pflege

garantiert werden kann und die Beschäftigten nicht immer mehr Arbeit in immer weniger Zeit erledigen müssen. Das Zukunftsbudget von Wege aus der Krise zeigt, die notwendigen 500 Millionen Euro sind durch Reichensteuern leicht finanzierbar!

Ohne Bildung keine Zukunft!

Es herrscht Notstand in der österreichischen Bildungspolitik. Schulen und Unis sind unterfinanziert. Mehr Geld für Bildung würde sich mehrfach lohnen. Investiert man nur zwei Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung in die Unis, würden 14.000 Arbeitsplätze geschaffen und vielen jungen Menschen ein Hochschulabschluss ermöglicht. Mehr und bessere Bildung braucht aber auch gute Rahmenbedingungen für Studierende. Die Kürzung



Aktion 20.000 Hände gegen die Kürzung der Familienbeihilfe

der Familienbeihilfen hat dazu nicht beigetragen. Im Gegenteil, sie hat bei Zehntausenden zu finanziellen Nöten und zum Abbruch des Studiums geführt.

Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren sind weitere Hürden, die nicht mehr sondern weniger Zukunftschancen für junge Menschen bedeuten. Will Österreich eine Gesellschaft mit Zukunft sein, muss jetzt in Bildung für ALLE investiert werden!

Soziale Gerechtigkeit durch Ökosteuern und Ökobonus

Steigende Heiz- und Benzin-kosten sowie die globale Erwärmung der Erde – wir müssen jetzt handeln und die Energiewende vorantreiben. Wie soll das gehen? Mit Ökosteuern und Ökobonus. Damit wir weniger Energie verbrauchen und Energie sparsamer einsetzen, muss sie teurer werden. Das geht mit einer langsamen, schrittweisen Anhebung der Steuern auf alle Energieträger. Das würde die Spitzenverbraucher treffen, Niedrigverbraucher würden dagegen vom Ökobonus profitieren. Der Ökobonus ist eine Art Gutschrift für ein gewisses Maß an Energiever-

brauch. Er wird pro Person berechnet und ausbezahlt.

Personen und Familien, die jetzt schon wenig Energie verbrauchen und darunter liegen, werden mit dem Bonus belohnt, ihre Energiekosten sinken also. Jene, die viel Energie verbrauchen, werden durch dieses System motiviert, ihren Energiever-

brauch zu senken. Das Ökosteuer – Ökobonussystem wird ergänzt durch eine Senkung der Steuern auf Arbeit, sowie Investitionen in den Ausbau von Öffis und die Förderung der Sanierung von Häusern und Wohnungen, um soziale Gerechtigkeit zu stärken!



Ökosteuern – sozial gerecht!



Umweltbelastende Steuervergünstigungen sind sozial ungerecht! Die Industrie als größter CO2 Verursacher ist fein raus: sie kann sich günstig freikaufen. Menschen mit geringem Einkommen können das nicht! Gleichzeitig handeln sie weniger umweltschädlich, weil sie es sich einfach nicht leisten können. Sie machen von vielen unökologischen Steuerzuckerln keinen Gebrauch. 50% der Neuzulassungen sind Firmenwagen, deren Anschaffung bis zu 30% subventioniert wird. 60% der einkommensschwachen Haushalte haben hingegen gar kein Auto. Die Spätfolgen der Umweltbelastungen tragen sie aber überproportional stark: sie leben in verkehrsbelasteten Randzonen, werden durch teurere Lebensmittel belastet, Unwetterschäden sind für sie schnell eine Existenzbedrohung. Daher: sozial gerechte Ökosteuern statt Steuervergünstigung für Umweltsünder.



Bildagentur Waldhäus / Alchinger Thomas

Leistungsfähige Öffis für alle!

Vom Abstellgleis in die Offensive

Die Vorstellungen von Bund und Ländern im Bereich der Verkehrs- und Raumplanung geben Grund zur Verwunderung: Ausdünnung des öffentlichen Verkehrs im ländlichen Raum, mehr Geld für den Ausbau des Straßennetzes. Ganz so, als ob die Zukunft der Mobilität im Privatauto läge. Dabei ist bei steigenden Spritpreisen klar: privater Autoverkehr wird immer teurer! Es ist an der Zeit, unser Verkehrswesen so umzugestalten, dass es sozial gerecht und um-

weltfreundlich ist. Mobilität muss für alle leistbar sein! Öffentliche Verkehrsmittel sind mit attraktiven Verbindungen und Fahrplänen eine wirkliche Alternative! Zufußgehen und Radfahren macht dann Spaß, wenn es sicher und angenehm ist! Mit Investitionen in umweltfreundliche Mobilität entstehen ganz nebenbei auch noch bis zu 25.000 Arbeitsplätze – in Krisenzeiten sicherlich eine gute Idee! Öffis sind also mehr denn je Zukunft!

Beruf und Familie müssen vereinbar sein!

Kinder sind unsere Zukunft! Familie und Beruf lassen sich aber nur schwer unter einen Hut bringen. Es fehlt an Kinderbetreuungsplätzen. Das bedeutet vor allem für Frauen einen späteren Wiedereinstieg in das Berufsleben. Der Ausbau der Kinderbetreuung ermöglicht also besonders Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Und auch Kinder haben durch eine gute Kinderbetreuung bessere Zukunfts-

chancen. Die Investitionen in eine qualitativ gute und flächendeckende Kinderbetreuung lohnen sich auf jeden Fall. Eine Modellrechnung der Arbeiterkammer zeigt: mehr Geld für Kinderbetreuungsplätze sowie eine Ausweitung der Öffnungszeiten schaffen rund 10.000 Arbeitsplätze. Und schon im fünften Jahr übersteigen die zusätzlichen Steuereinnahmen die Investitionen um 78 Millionen Euro.

Nachhaltige Energie ausbauen – Zukunftsmodelle fördern!

Ein frischer Wind weht durch die Welt der Energieversorgung! Kaum zehn Jahre ist es her, dass quer durch Europa kleinere Energiegesellschaften und Stadtwerke von großen Unternehmen geschluckt wurden – jetzt erzeugen immer mehr Menschen ihren Strom am eigenen Hausdach, und überall sprießen überall Strom-Genossenschaften aus dem Boden. So wird aus eigener Kraft die Stromversorgung fit für die Zukunft gemacht – und nebenbei wird die Energiewirtschaft von unten aufgepoltert. Wohin man schaut, wird in Photovoltaikanlagen investiert oder schließen sich Dörfer zusammen und er-

richten kurzerhand ihren eigenen Windpark.

Diese Initiativen werden aber kaum gefördert, noch immer heizt eine Million Haushalte in Österreich mit Erdöl. Investitionen von jährlich rund 340 Millionen Euro in entsprechende Förderungen und thermische Sanierung würden nicht nur das Klima schonen, sondern auch die Stromkosten für die Haushalte senken. Zusätzlich könnten so bis zu 2000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Und vielleicht das wichtigste: mit jeder Umdrehung der Windräder fließt Geld in die lokale Wirtschaft, statt in die Kassen der Energiemultis!



Errichtung eines Windparks im Marchfeld

Bildagentur Waldhäuser / Insaatco

Gebäude sanieren, statt Wohnbaugelder verspekulieren

In unseren Gebäuden schlummert ein enormes Energiesparpotential. Auch wenn immer mehr Gebäude von Energieverbrauchern zu Eigenproduzenten werden, zählt immer noch ein Großteil der österreichischen Gebäude zu „Energieschleudern“.

Anstatt in energetische Sanierung zu investieren und die Heizungen auf erneuerbare Energie umzustellen, haben aber viele Bundesländer ihre Wohnbaugelder verspekuliert. Die Folge: sie mussten ihre Förderprogramme zurückfahren. Menschen,

die ihre Häuser thermisch sanieren wollen, stehen oft auf langen Wartenlisten. Damit muss Schluss sein!

Stattdessen soll die Sanierungsförderung auf ein angemessenes Niveau hochgefahren werden – mit einer Aufstockung um 200 Millionen Euro. Damit könnten in den nächsten zehn Jahren 38% der Heizenergie bei Wohnungen eingespart werden und zudem über 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Damit sich auch Menschen mit geringem Einkommen

eine Sanierung leisten können, braucht es einen flächendeckenden Sanierungsplan. Ein Teil der öffentlichen Gel-

der soll verpflichtend in die Sanierung von Wohnraum von einkommensschwachen Personen investiert werden.

„Echt krass“: Biowetter

Ein Schuldentief drückt derzeit auf das Denkvermögen und löst verbreitet Kopfschmerzen aus.

Dichte Wolken verhängen den Blick auf das Wesentliche und Spekulationsblitze lösen vereinzelt Panik aus. Dabei braut sich von unten ein Sturm zusammen, der im Laufe der Woche die Wolken beiseite schiebt und den Horizont erweitert.

Das dürfte auch bei den Kopfschmerzgeplagten für Erleichterung sorgen!

Lasst uns Europa neu begründen



Illustration: toonpool.com/Rabe

So kann und so darf es nicht weitergehen: Die EU Regierungen verordnen sich selbst umfassende Kürzungen der öffentlichen Ausgaben (Kürzung von Löhnen, Pen-

sionen, Geldern für Bildung, Gesundheit, soziale Leistungen etc.), mit dem Argument, damit das Problem der öffentlichen Schulden in den Griff zu bekommen. Das Ergebnis

dieser Politik ist: noch mehr Schulden. Die wahren Krisenursachen – u.a. die immer ungleichere Verteilung von Einkommen und Vermögen und die Deregulierung von

Finanzmärkten – bleiben unangetastet. Die Menschen sollen sich also weiterhin den Profitinteressen der Finanzmärkte unterordnen. Überall in Europa stehen aber Menschen auf und sagen: lasst uns unser Europa neu begründen. Auch in Österreich gibt es diese Initiative nun. Die Unterstützer sind überzeugt davon, dass ein gutes Leben für alle Menschen in Europa möglich ist. Dafür braucht es eine Abkehr vom Leitbild eines gemeinsamen Europas auf der Basis des Wettbewerbsprinzips, wo ArbeitnehmerInnen sich um Arbeitsplätze und immer geringere Löhne gegenseitig konkurrieren. Was es braucht ist das Gegenteil davon: ein Europa der Kooperation, der Solidarität, der Gerechtigkeit und der Demokratie. Mehr auf www.unsereuropa.at

Steuerhinterziehung reißt riesige Löcher in Staatsbudgets!

Laut einer neuen Studie des Tax Justice Networks liegen bis zu 26 Billionen Euro unversteuert in Steueroasen. Den Staatsbudgets entgehen auf diese Weise ca. 230 Mrd. Euro an Steuereinnahmen. Wir brauchen daher kein Steuerabkommen mit Steuerparadiesen wie der Schweiz. Vielmehr sollte Österreich endlich den automatischen EU-weiten Austausch von Informationen unterstützen. Denn nur so können die Löcher gestopft werden, die die Steuerhinterziehung in den Staatshaushalten hinterlässt.

Sozial – und Gerechtigkeitspakt statt Fiskalpakt

Die bisherigen EU-Krisenmaßnahmen wie z.B. der Fiskalpakt führen uns nur noch tiefer in die Krise. Kürzungen bei Sozialstaat und Löhnen bedeuten letztlich mehr Schulden. Was wir jetzt brauchen ist ein Gerechtigkeitspakt, der sicherstellt, dass alle gesellschaftlichen Gruppen ihren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben leisten. Durch den EU-weiten Steuerwettbewerb trocknet die Einnahmenseite immer mehr aus. EU-weite Mindeststeuern für Unternehmen, Vermögenssteuern ergänzt durch eine einmalige Vermögensabgabe, sowie eine Finanztransaktionssteuer sind Alternativen, die an den Ursachen ansetzen.

Und auch ein Sozialpakt muss her: soziale Mindeststandards, gute Arbeit für alle, Arbeit Fairteilen, garantierte Gewerkschaftsrechte und eine qualitativ hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge – all das sollte in einer EU der BürgerInnen eine Selbstverständlichkeit sein.

Grossvater, es war das Ziel deiner Generation, es vom Tellerwäscher zum Millionär zu schaffen. Das Ziel meiner Generation ist es, wenigstens einen Job als Tellerwäscher zu ergattern!



Illustration: toonpool.com/Schleg

Bankenrettung – unsere Schulden?

Über acht Milliarden an österreichischem Steuergeld sind bereits in die Bankenrettung geflossen. 5,38 Mrd. E an die notverstaatlichte Kommunalkredit, 1,55 Mrd. E an die Hypo Alpe Adria und 1,25 Mrd. E an die ÖVAG (Volksbank). Weitere Verluste in Milliardenhöhe werden erwartet. Legitim? Warum müssen wir dauernd für „Bankenrettungen“ zahlen, und bei Pflege, Bildung oder Gesundheit wird gespart...

Eure Schulden – unsere Demokratie!

Spaniens Banken erhalten 100 Milliarden Euro aus dem „Rettungsschirm“ EFSF. „Rekapitalisierung“ nennen sie das. Das Plus der Banken in ihrer Bilanz erhöht aber die Schulden des Staates, der für diesen „Hilfskredit“ haftet. Die Spekulationsverluste der Banken werden so der Gesellschaft aufgeschultert, anstatt das Casino zu schlie-

ßen. Immer mehr Menschen wehren sich dagegen und sagen: „Wir zahlen nicht für eure Krise“. Die griechische Fraueninitiative gegen die Schulden erklärt: „Zwei Drittel des Budgets werden für die Bedienung der Schulden verschlungen, da bleibt nichts mehr für Gesundheit, Bildung und Soziales.“ Ob Griechenland, Spanien,

Frankreich oder Italien – in lokalen Schuldenkomitees werden die Staatsschulden und kommunalen Schulden jetzt geprüft.



Bildagentur Waldhaus / Waldhaus Franz

Private Staatsfinanzierung: es gewinnt nur die Bank!



Bildagentur Waldhaus / Waldhaus Franz

Direktfinanzierung statt Zinswahnsinn!

Eine neue Rolle für die EZB!

Die Zinssätze für Staatsanleihen steigen in fast allen Euroländern – insbesondere in Südeuropa – in unerschwingliche Höhen, als Folge der Abwertung durch Ratingagenturen. Das Geld für Bildung, Öffis oder Gesundheit fehlt, immer mehr Geld fließt in den Zinsdienst. Das müsste nicht sein, wenn die Europäische Zentralbank Staatsanleihen direkt garantieren und in einem gewissen Ausmaß auch direkt kaufen würde. Finanzspekulation, die Macht der Ratingagenturen und Staatsfinanzierung durch Privatbanken zu horrend hohen Zinsen wären mit einem Schlag Vergangenheit. Damit das funktioniert, müssen die Euroländer ihre Staatseinnahmen sanieren, und zwar durch die verpflichtende Einführung von Mindeststeuersätzen auf Kapitaleinkommen, Unternehmensgewinne und Vermögen. Es gibt also sinnvolle Alternativen, um die Macht der Finanzmärkte zu brechen.

Bankenunion ja – aber richtig!

Die Vorschläge der EU Regierungen für eine Bankenunion: eine EU-Finanzaufsicht für systemrelevante Banken und eine Spareinlagensicherung. Das klingt zwar gut, ändert jedoch nichts an den Krisenursachen. Auch mit einer Aufsicht bleiben systemrelevante Banken eben systemrelevant – müssen also gerettet werden. Sie gehören daher nicht nur „beaufsichtigt“, sondern zerteilt oder in gesellschaftliche Kontrolle. Um die politische Macht der Banken in Zukunft zu verhindern, braucht es auch eine Größenschränke. Die EU-weite Einlagensicherung, die mit der Verhinderung von Kapitalflucht aus Angst vor Staatsbankrotten begründet wird, erübrigt sich, wenn die Staatsschulden mithilfe einer solidarischen Schuldentilgung und der EZB rückgebaut werden.

DER SOZIALSTAAT IST GUT FÜR ALLE.

Er sorgt dafür, dass das tägliche Leben funktioniert: Bei der Bildung, im öffentlichen Verkehr, bei Müllentsorgung und sauberem Wasser, bei Krankheit, in der Pension – und zwar für Arme und für Reiche.

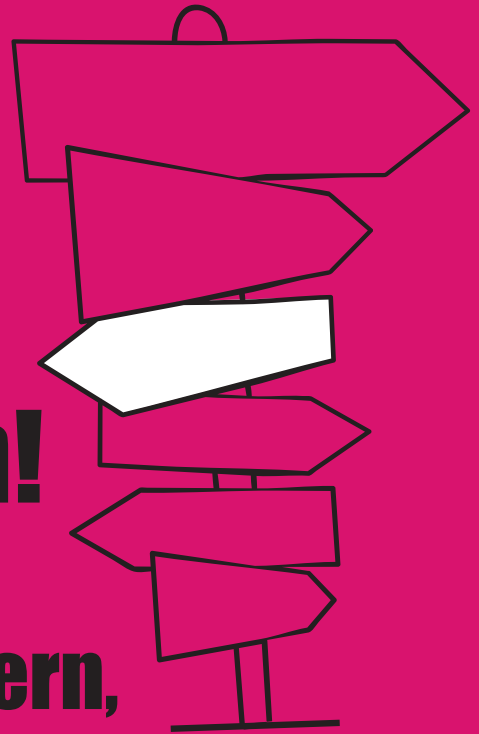
Der Sozialstaat hat uns gut durch die Krise gebracht. Wir müssen ihn ausbauen, umbauen und für die Zukunft sicher machen.



OGB

www.oegb.at
www.facebook.com/oegb.at

Gemeinsam einen neuen Weg einschlagen!



- **Große Vermögen besteuern,**
- **Arbeit entlasten!**
- **Öffis, Kinderbetreuung und Pflege ausbauen!**
- **Geld für Bildung statt für Banken**
- **Privatisierungen stoppen!**
- **Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit!**

GPA **djp**
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER

KAB
KATHOLISCHE ARBEITNEHMER/INNEN
BEWEGUNG ÖSTERREICH


DIE ARMUTSKONFERENZ.


GdG-KMSfB

%attac

PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

GLOBAL 2000


GREENPEACE

www.oeh.ac.at
OHZ

SOS
MITMENSCH

vida


**wege
aus der krise**

**Ja zu einem Zukunftsbudget!
Jetzt unterstützen!
www.wege-aus-der-krise.at**